



UNIVERSITÄT
HEIDELBERG
ZUKUNFT
SEIT 1386

MITTEILUNGSBLATT DER REKTORIN

Nr. 18 / 2023

Seite 1573 – Seite 1640

Ausgabedatum: 08.12.2023

INHALT

Aufhebung des Masterstudienganges Health and Society in South Asia	S. 1575
Satzung der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg zur Aufhebung und zum Auslauf der Studien- und Prüfungsordnung der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg für den Masterstudiengang Health and Society in South Asia	S. 1577
Prüfungsordnung der Universität Heidelberg für den Masterstudiengang Psychologie in Forschung und Anwendung	S. 1579
Prüfungsordnung der Universität Heidelberg für den Masterstudiengang Psychologie in Klinischer Psychologie und Psychotherapie	S. 1605
Beitragsordnung des Studierendenwerks Heidelberg	S. 1635

1575

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 18 / 2023
08.12.2023

Aufhebung des Masterstudienganges Health and Society in South Asia

Der Senat der Universität Heidelberg hat in seiner Sitzung am 31. Januar 2023 folgenden Beschluss gefasst:

Der Aufhebung des Masterstudiengang Health and Society in South Asia zum Ablauf des Wintersemesters 2022/2023 wird zugestimmt. Den bereits für diesen Studiengang eingeschriebenen Studierenden wird garantiert, dass das für den Abschluss ihres Studiums erforderliche Lehr- und Prüfungsangebot bis zum Ende des Sommersemesters 2026 erhalten bleibt.

Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg hat der Aufhebung mit Erlass vom 20. November 2023 (Az.: MWK41-7821-34/3/3) zugestimmt.

gez. Anja Maria Münz
Dezernat 2

1576

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 18 / 2023
08.12.2023

**Satzung der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
zur Aufhebung und zum Auslauf der Studien- und Prüfungsordnung
der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg für den Masterstudiengang
Health and Society in South Asia**

vom 23. November 2023

Aufgrund von §§ 59 Abs. 1, 60 Abs. 2 und 63 Abs. 2, 32 des Gesetzes über die Hochschulen in Baden-Württemberg (Landeshochschulgesetz – LHG) vom 1. Januar 2005 (GBl. S. 1), zuletzt geändert am 21. Dezember 2021 (GBl. 2022 S. 1,2) hat der Senat der Universität Heidelberg am 31. Januar 2023 die nachstehende Satzung beschlossen.

Die Rektorin hat ihre Zustimmung am 23. November 2023 erteilt.

Artikel 1

Die **Studien- und Prüfungsordnung der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg für den Masterstudiengang Health and Society in South Asia** vom 14. Juni 2007 (Mitteilungsblatt des Rektors vom 12. Juli 2007, S. 2077 ff.), in der Neufassung vom 9. Dezember 2021 (Mitteilungsblatt des Rektors vom 20. Dezember 2021) wird wie folgt geändert:

Es wird folgender § 28 eingefügt:

„§ 28 Außerkrafttreten

Die vorliegende Studien- und Prüfungsordnung läuft aus, da der Studiengang zum Ablauf des Wintersemesters 2022/2023 aufgehoben wird.

Studieninteressierte können nach Ablauf des Wintersemesters 2022/2023 kein neues Studium mehr im Masterstudiengang Health and Society in South Asia aufnehmen. Studierende, die zum Zeitpunkt der Aufhebung des Studiengangs bereits in den Studiengang eingeschrieben sind und ihr Studium nach der vorliegenden Prüfungsordnung begonnen haben, können ihr Studium noch nach den Bestimmungen dieser Prüfungsordnung beenden. Prüfungs- und Studienleistungen werden unter Einschluss des letzten regulären Lehrangebots noch bis zum Ablauf des Wintersemesters 2025/2026 angeboten. Anschließend können bis zum Ablauf des Sommersemesters 2026 noch Abschluss- und Prüfungsmodule absolviert werden. Mit Ablauf des Sommersemesters 2026 erlischt der Anspruch auf Prüfung nach den Bestimmungen der vorliegenden Prüfungsordnung und im Studiengang eingeschriebene Studierende werden exmatrikuliert.

Die vorliegende Prüfungsordnung tritt mit Ablauf des Sommersemesters 2026 außer Kraft.”

Artikel 2

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Mitteilungsblatt der Rektorin in Kraft.

Heidelberg, den 23. November 2023

gez. Prof. Dr. Frauke Melchior
Rektorin

Berichtigte Fassung der im Mitteilungsblatt Nr. 15/2023 vom 28.09.2023 veröffentlichten Prüfungsordnung der Universität Heidelberg für den Masterstudiengang Psychologie in Forschung und Anwendung

**Prüfungsordnung der Universität Heidelberg
für den Masterstudiengang Psychologie
in Forschung und Anwendung**

vom 02.03.2023

Aufgrund von § 32 Abs. 4 des Gesetzes über die Hochschulen in Baden-Württemberg (Landeshochschulgesetz – LHG) in der Fassung vom 1. Januar 2005 (GBl. S. 1), zuletzt geändert am 21. Dezember 2021 (GBl. 2022, S. 1,2) hat der Senat der Universität Heidelberg am 28.02.2023 die nachstehende Satzung beschlossen.

Der Rektor hat seine Zustimmung am 02.03.2023 erteilt.

Abschnitt I: Allgemeines

- § 1 Zweck des Studiums und der Prüfung
- § 2 Mastergrad
- § 3 Regelstudienzeiten, Studienaufbau, Umfang des Lehrangebots
- § 4 Module, Leistungspunkte, Zwischenzeugnis
- § 5 Prüfungsausschuss
- § 6 Prüfende und beisitzende Personen
- § 7 Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen sowie Studienabschlüssen
- § 8 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 9 Arten der studienbegleitenden Prüfungsleistungen
- § 10 Studienbegleitende mündliche Prüfungsleistungen
- § 11 Studienbegleitende schriftliche Prüfungsleistungen
- § 12 Bewertung der Prüfungsleistungen

Abschnitt II: Masterprüfung

- § 13 Zulassungsvoraussetzungen zur Masterprüfung
- § 14 Zulassungsverfahren
- § 15 Umfang und Art der Prüfung
- § 16 Masterarbeit
- § 17 Abgabe und Bewertung der Masterarbeit
- § 18 Bestehen der Prüfung, Gesamtnote
- § 19 Wiederholung der Prüfungsleistungen, Fristen
- § 20 Masterzeugnis und Urkunde

Abschnitt III: Schlussbestimmungen

- § 21 Ungültigkeit von Prüfungen
- § 22 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 23 Inkrafttreten

Abschnitt I: Allgemeines

§ 1 Zweck des Studiums und der Prüfungen

Gegenstand des Masterstudienganges Psychologie in Forschung und Anwendung ist die auf ein Bachelorstudium der Psychologie aufbauende Vermittlung und Vertiefung von fachlichen Kenntnissen, Fertigkeiten und Methoden mit Fokus auf der empirischen Erforschung, Beschreibung, Erklärung und Modifikation menschlichen Erlebens und Verhaltens. Dabei werden methodische, theoretische und praktische Kompetenzen zur Tätigkeit in unterschiedlichen Berufsfeldern außerhalb der Psychotherapie vermittelt. Der Studiengang soll zu einem qualifizierten und eigenverantwortlichen Handeln in der psychologischen Forschung und Berufspraxis anleiten.

Durch die Prüfung zum „Master of Science“ im Fach Psychologie in Forschung und Anwendung soll festgestellt werden, ob die Studierenden die Zusammenhänge ihres Faches überblicken, die Fähigkeit besitzen, tiefergehende wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse anzuwenden, nach wissenschaftlichen Grundsätzen selbständig zu arbeiten sowie deren Bedeutung für die Gesellschaft und berufliche Praxis zu erkennen.

§ 2 Mastergrad

Nach bestandener Masterprüfung verleiht die Universität Heidelberg den akademischen Grad „Master of Science“ (abgekürzt M.Sc.).

§ 3 Regelstudienzeit, Studienaufbau, Umfang des Lehrangebots

(1) Die Regelstudienzeit für den Masterstudiengang Psychologie in Forschung und Anwendung beträgt einschließlich der Zeit für die Masterprüfung mit der Anfertigung der Masterarbeit vier Semester.

(2) Im Masterstudiengang Psychologie in Forschung und Anwendung können Studierende auf Antrag zu einem Teilzeitstudium zugelassen werden. Das Nähere regelt die Ordnung zur Regelung des Teilzeitstudiums an der Universität Heidelberg (TeilzeitstudienO) in der jeweils geltenden Fassung. Durch die Zulassung zum Teilzeitstudium verlängert sich die Regelstudienzeit entsprechend den dort getroffenen Bestimmungen. Die in dieser Prüfungsordnung festgelegten Bearbeitungszeiten bleiben unberührt.

(3) Das Lehrangebot erstreckt sich über vier Semester. Im dritten bis vierten Semester ist die Masterarbeit anzufertigen. Der für den erfolgreichen Abschluss des Masterstudiums erforderliche Gesamtumfang im Pflicht- und Wahlbereich beträgt 120 Leistungspunkte (LP/CP).

(4) Das Studium ist modular aufgebaut. Von den 120 Leistungspunkten entfallen 90 Leistungspunkte auf fachbezogene Lehrveranstaltungen und 30 Leistungspunkte auf die Masterarbeit. Näheres regelt Anlage 1 sowie das Modulhandbuch.

(5) Unterrichts- und Prüfungssprache ist grundsätzlich deutsch. Lehrveranstaltungen und Prüfungsleistungen können ganz oder teilweise auch in englischer Sprache abgehalten werden.

§ 4 Module, Leistungspunkte, Zwischenzeugnis

- (1) Ein Modul ist eine thematisch und zeitlich abgeschlossene Lehr- und Lerneinheit, die sich aus verschiedenen Lehrveranstaltungen zusammensetzen kann. Es besteht nicht nur aus den zu besuchenden Lehrveranstaltungen, sondern umfasst auch die zu erbringenden Studienleistungen, die für die erfolgreiche Absolvierung eines Modules notwendig sind.
- (2) Es wird unterschieden zwischen
- **Pflichtmodule:** Pflichtmodule müssen von allen Studierenden absolviert werden. Innerhalb eines Pflichtmoduls kann aus verschiedenen Veranstaltungen ausgewählt werden. Das endgültige Nichtbestehen eines Pflichtmoduls führt zum Verlust des Prüfungsanspruchs.
 - **Wahlpflichtmodulen** innerhalb eines begrenzten Wahlpflichtbereichs. Die Studierenden haben innerhalb des jeweiligen Wahlpflichtbereichs die Wahl zwischen verschiedenen, gleichwertigen Wahlpflichtmodulen. Innerhalb eines Wahlpflichtmoduls kann zudem die Wahl zwischen verschiedenen Veranstaltungen ermöglicht werden. Das endgültige Nichtbestehen des gewählten Wahlpflichtmoduls führt zum Verlust des Prüfungsanspruchs.
- (3) Für das Bestehen eines Moduls müssen alle Teilleistungen innerhalb des Modules mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bzw. mit „bestanden“ bewertet worden sein (= Modulteilnoten).
- (4) Für erfolgreich absolvierte Module mit ihren Teilleistungen werden Leistungspunkte vergeben. Dabei entspricht ein Leistungspunkt einem zeitlichen Arbeitsaufwand für den Studierenden von 30 Stunden.

(5) Auf Antrag wird je Semester eine Leistungsübersicht (Transcript of Records) über Studien- und Prüfungsleistungen ausgestellt. Darin werden alle bestandenen Modul-(teil)prüfungen zusammen mit den jeweiligen Leistungspunkten und den Noten verzeichnet.

§ 5 Prüfungsausschuss

(1) Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben ist ein Prüfungsausschuss zuständig. Er besteht aus drei Hochschullehrkräften, einer Vertretung der weiteren Mitarbeitenden des Instituts und einem Mitglied der Studierenden mit beratender Stimme. Der Vorsitz und die Stellvertretung sowie die weiteren Mitglieder des Prüfungsausschusses werden vom Fakultätsrat auf jeweils drei Jahre bestellt. Die Amtszeit der studierenden Person beträgt ein Jahr. Der Vorsitz und die Stellvertretung müssen Hochschullehrkräfte des Psychologischen Instituts sein.

(2) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden und gibt Anregungen zur Weiterentwicklung des Studienplans und der Prüfungsordnung. Er bestellt die prüfenden und beisitzenden Personen. Der Prüfungsausschuss kann die Bestellung auf die vorsitzende Person übertragen. Er kann zu allen die Prüfungen betreffenden Fragen angerufen werden.

(3) Der Vorsitz führt die Geschäfte des Prüfungsausschusses, bereitet die Sitzungen vor, leitet sie und entscheidet bei Stimmengleichheit.

(4) Der Prüfungsausschuss kann weitere Aufgaben des Prüfungsausschusses auf die vorsitzende Person jederzeit widerruflich übertragen, soweit gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen. Der Prüfungsausschuss ist über deren Erledigung regelmäßig zu unterrichten.

- (5) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, der Abnahme von Prüfungen beizuwohnen.
- (6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie die prüfenden und beisitzenden Personen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die vorsitzende Person zur Verschwiegenheit zu verpflichten.
- (7) Ablehnende Entscheidungen des Prüfungsausschusses oder des Vorsitzes sind der zu prüfenden Person unverzüglich schriftlich mit Begründung mitzuteilen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 6 Prüfende und beisitzende Personen

- (1) Zur Abnahme von Prüfungen, die nicht studienbegleitend in Verbindung mit einzelnen Lehrveranstaltungen durchgeführt werden, sind in der Regel nur das Professorium, Hochschul- und Privatdozierende befugt sowie akademische Mitarbeitende, denen die Prüfungsbefugnis im Fach Psychologie übertragen wurde. Lehrbeauftragte und Lehrkräfte für besondere Aufgaben können nur dann ausnahmsweise zu Prüfenden bestellt werden, wenn nicht genug Prüfungsberechtigte zur Verfügung stehen.
- (2) Bei studienbegleitenden Prüfungsleistungen ist in der Regel die für die entsprechende Lehrveranstaltung verantwortliche Lehrkraft prüfende Person.
- (3) Zur beisitzenden Person darf nur bestellt werden, wer die entsprechende Masterprüfung oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt hat.
- (4) Die zu prüfende Person kann für die Masterarbeit eine Person zur Prüfungsabnahme vorschlagen; ein Rechtsanspruch auf Zuweisung einer bestimmten prüfenden Person wird dadurch nicht begründet.

(5) Der Vorsitz des Prüfungsausschusses sorgt dafür, dass der zu prüfenden Person die Namen der Personen, die prüfen, rechtzeitig bekannt gegeben werden.

§ 7 Anerkennung von hochschulischen Leistungen und Anrechnung von Leistungen außerhalb des Hochschulstudiums

(1) Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die im gleichen oder in einem anderen Studiengang an einer staatlichen oder staatlich anerkannten inländischen Hochschule oder Berufsakademie oder anerkannten Hochschule oder einer äquivalenten Einrichtung erbracht worden sind, werden auf Antrag anerkannt, sofern hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen kein wesentlicher Unterschied zu den Leistungen besteht, die ersetzt werden. Die Masterarbeit ist von der Anerkennung ausgeschlossen.

(2) Der Antrag ist schriftlich beim Prüfungsausschuss einzureichen. Es obliegt der Person, die einen Antrag stellt, die erforderlichen Informationen über die anzuerkennende hochschulische Leistung bereitzustellen. Die Beweislast dafür, dass ein Antrag die Voraussetzungen für die Anerkennung nicht erfüllt, liegt bei der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

(3) Soweit Vereinbarungen und Abkommen der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten über Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich (Äquivalenzabkommen) Studierende ausländischer Staaten abweichend von § 35 Abs. 1 LHG einschließlich sinngleicher Bestimmungen dieser Prüfungsordnung begünstigen, gehen die Regelungen der Äquivalenzabkommen vor.

(4) Außerhalb des Hochschulstudiums erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten sind auf Antrag auf ein Hochschulstudium anzurechnen, wenn die auf das Hochschulstudium anzurechnenden Kenntnisse und Fähigkeiten den Studien- und Prüfungsleistungen, die sie ersetzen sollen, nach Inhalt und Niveau gleichwertig sind. Außerhalb des Hochschulsystems erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten dürfen höchstens 50 % des Hochschulstudiums ersetzen.

(5) Der Antrag ist schriftlich beim Prüfungsausschuss einzureichen. Es obliegt der antragstellenden Person, die erforderlichen Informationen über die anzurechnende und außerhalb des Hochschulstudiums erbrachte Leistung bereitzustellen. Die Beweislast für das Vorliegen von Gleichwertigkeit liegt bei der antragstellenden Person.

(6) Die Entscheidungen nach § 7 trifft der Prüfungsausschuss.

(7) Werden Studien- und Prüfungsleistungen anerkannt oder angerechnet, so sind die Noten – soweit die Notensysteme vergleichbar sind – zu übernehmen und nach Maßgabe dieser Prüfungsordnung in die Berechnung der Fachnoten bzw. Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. Eine Kennzeichnung der Anrechnung als solcher im Transcript of Records ist möglich.

§ 8 Rücktritt, Versäumnis, Fristüberschreitung und Täuschung

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, wenn die zu prüfende Person zu einem Prüfungstermin ohne triftigen Grund nicht erscheint oder wenn sie nach Beginn der Prüfung ohne triftigen Grund zurücktritt. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Zeit erbracht wird, es sei denn, die zu prüfende Person hat die Fristüberschreitung nicht zu vertreten.

(2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis gemäß Absatz 1 geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit der zu prüfenden Person oder eines von ihr überwiegend allein zu versorgenden Kindes ist ein ärztliches Attest vorzulegen. Werden die Gründe anerkannt, wird ein neuer Termin anberaumt. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen.

(3) Versucht die zu prüfende Person, das Ergebnis der Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, wird die betreffende Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Eine zu prüfende Person, die den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem bzw. der Prüfungsberechtigten oder Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall wird die betreffende Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss die zu prüfende Person von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.

(4) Die zu prüfende Person kann innerhalb einer Frist von einer Woche verlangen, dass die Entscheidungen nach Abs. 4 Satz 1 und 2 vom Prüfungsausschuss überprüft werden. Belastende Entscheidungen sind der zu prüfenden Person unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 9 Arten der studienbegleitenden Prüfungsleistungen

(1) Studienbegleitende Prüfungsleistungen können mündlich und/oder schriftlich erbracht werden.

(2) Macht die zu prüfende Person durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft, dass sie wegen länger andauernder oder ständiger Behinderungen nicht in der Lage ist, Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form zu erbringen, kann der Prüfungsausschuss gestatten, gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Entsprechendes gilt für Studienleistungen.

§ 10 Studienbegleitende mündliche Prüfungsleistungen

(1) Durch mündliche Prüfungsleistungen soll die zu prüfende Person nachweisen, dass die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes erkannt und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge eingeordnet werden können. Ferner soll festgestellt werden, ob die zu prüfende Person über ein dem Studium entsprechendes Wissen verfügt.

(2) Die Dauer der mündlichen Prüfungsleistungen beträgt in der Regel zwischen 20 und 30 Minuten.

§ 11 Studienbegleitende schriftliche Prüfungsleistungen

- (1) In den schriftlichen Prüfungsleistungen soll die zu prüfende Person nachweisen, dass sie in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln mit den gängigen Methoden des Faches ein Problem erkennen und Wege zu einer Lösung finden kann.
- (2) Die Dauer der Klausurarbeiten beträgt in der Regel zwischen 45 und 180 Minuten.
- (3) Bei Multiple-Choice-Aufgaben hat die zu prüfende Person eine oder mehrere Antworten aus einer begrenzten Zahl von Möglichkeiten auszuwählen. Diese Prüfungsaufgaben werden in der Regel von der verantwortlichen Lehrperson gestellt, müssen auf die durch die Lehrveranstaltungen vermittelten Kenntnisse abgestimmt sein und zuverlässige Prüfungsergebnisse liefern. Die gestellte Anzahl der Aufgaben vermindert sich bei fehlerhaften und uneindeutigen Prüfungsaufgaben und entsprechend ist bei der Bewertung von der verminderten Anzahl auszugehen. Die Verminderung der Zahl der Prüfungsaufgaben darf sich nicht zum Nachteil der zu prüfenden Person auswirken. Werden Multiple-Choice-Fragen in Prüfungen bzw. Teilprüfungen eingesetzt, so gilt die Prüfung bzw. Teilprüfung als bestanden, wenn mindestens 60 Prozent der maximal erreichbaren Punkte erreicht werden. Unterschreitet bei Prüfungen oder Teilprüfungen anhand von Multiple-Choice-Aufgaben das um 20 % verminderte arithmetische Mittel der erreichten Punktwerte die 60 %-Grenze, so verringert sich die Bestehensgrenze auf diesen Wert, kann aber 50 % der maximal erreichbaren Punktzahl nicht unterschreiten (Gleitklausel).
- (4) Sofern eine schriftliche Prüfungsleistung in Form einer Hausarbeit bzw. schriftlichen Ausarbeitung erbracht wird, hat die zu prüfende Person zu versichern, dass sie die Leistung selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel verwendet hat.

(5) Zur Überprüfung auf Plagiate können von den prüfenden Personen geeignete technische Verfahren angewendet werden. Bei Feststellung eines Plagiats bzw. im Verdachtsfall kann sich die prüfende Person vom Prüfungsausschuss beraten lassen. Im Fall eines nachgewiesenen Plagiats wird die betreffende Prüfung mit „nicht ausreichend“ (5,0) bzw. mit „nicht bestanden“ bewertet; § 8 Abs. 4 gilt entsprechend. Vor einer Entscheidung ist der zu prüfenden Person Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(6) Das Bewertungsverfahren für schriftliche Prüfungsleistungen soll sechs Wochen nicht überschreiten.

§ 12 Bewertung der Prüfungsleistungen

(1) Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen prüfenden Personen festgesetzt. Für die Bewertung der Leistungen sind folgende Noten zu verwenden:

1 = sehr gut	=	eine hervorragende Leistung
2 = gut	=	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
3 = befriedigend	=	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
4 = ausreichend	=	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5 = nicht ausreichend	=	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Zur differenzierten Bewertung der Prüfungsleistungen können Zwischenwerte durch Verringerung oder Erhöhung der einzelnen Noten um 0,3 gebildet werden; die Note 0,7 und Zwischenwerte über 4,0 sind ausgeschlossen.

(2) Aus den ungerundeten Modulteilnoten wird eine Modulendnote entsprechend der Anzahl der Leistungspunkte ermittelt. Ist in einem Modul eine Modulabschlussprüfung abzulegen, so bildet die Note der Modulabschlussprüfung die Note für dieses Modul.

(3) Eine Modulendnote und die Gesamtnote der Masterprüfung lautet:
bei einem Durchschnitt bis 1,5 sehr gut
bei einem Durchschnitt von 1,6 bis 2,5 gut
bei einem Durchschnitt von 2,6 bis 3,5 befriedigend
bei einem Durchschnitt von 3,6 bis 4,0 ausreichend

(4) Bei der Bildung der Modulendnoten und der Gesamtnote der Masterprüfung wird nur die erste Stelle hinter dem Komma berücksichtigt, alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Die Gesamtnote der Masterprüfung wird gemäß § 18 Abs. 2 berechnet.

(5) Die Studierenden, die die entsprechende Masterprüfung erfolgreich abgelegt haben, erhalten im „Diploma Supplement“ (§ 20 Abs. 2) zusätzlich zu der Abschlussnote nach deutschem System eine relative Note entsprechend dem gültigen ECTS User's Guide.

Abschnitt II: Masterprüfung

§ 13 Zulassungsvoraussetzungen zur Masterprüfung

(1) Zu einer Masterprüfung im Fach Psychologie in Forschung und Anwendung kann nur zugelassen werden, wer

1. an der Universität Heidelberg für den Masterstudiengang Psychologie in Forschung und Anwendung eingeschrieben ist,
2. den eigenen Prüfungsanspruch im Masterstudiengang Psychologie in Forschung und Anwendung oder in einem verwandten Studiengang mit im Wesentlichen gleichem Inhalt nicht verloren hat.

(2) Für die Zulassung zur Masterarbeit sind zusätzlich Bescheinigungen über das erfolgreiche Bestehen von in der Anlage 2 als Zulassungsvoraussetzung für die Masterarbeit gekennzeichneten Lehrveranstaltungen im Umfang von 29 Leistungspunkten vorzulegen.

§ 14 Zulassungsverfahren

(1) Der Antrag auf Zulassung ist schriftlich an den Vorsitz des Prüfungsausschusses zu richten. Dem Antrag sind beizufügen:

1. die Nachweise über das Vorliegen der in § 13 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
2. eine Erklärung darüber, ob die zu prüfende Person in einem Masterstudiengang Psychologie in Forschung und Anwendung oder in einem verwandten Studiengang mit im Wesentlichen gleichem Inhalt bereits eine Masterprüfung nicht bestanden hat oder sich in einem Prüfungsverfahren eines solchen Studienganges befindet.

(2) Kann die zu prüfende Person die erforderlichen Nachweise nicht in der vorgeschriebenen Weise beibringen, so kann der Prüfungsausschuss gestatten, die Nachweise auf eine andere Art zu führen.

- (3) Aufgrund des Antrages entscheidet der Prüfungsausschuss über die Zulassung. Eine Ablehnung ist schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.
- (4) Der Antrag auf Zulassung darf nur abgelehnt werden, wenn
1. die Voraussetzungen gemäß § 13 nicht erfüllt sind oder
 2. die Unterlagen gemäß Abs. 1 unvollständig sind und trotz Aufforderung nicht vervollständigt wurden oder
 3. die zu prüfende Person die Masterprüfung im Studiengang Psychologie in Forschung und Anwendung oder in einem verwandten Studiengang mit im Wesentlichen gleichem Inhalt endgültig nicht bestanden hat oder den Prüfungsanspruch verloren hat oder
 4. die zu prüfenden Person sich in einem laufenden Prüfungsverfahren eines solchen Studienganges befindet.

§ 15 Umfang und Art der Prüfung

(1) Die Masterprüfung besteht aus

1. der erfolgreichen Teilnahme an den in Anlage 1 aufgeführten Modulen und Lehrveranstaltungen,
2. der Masterarbeit.

(2) Die Prüfungen zu Abs. 1 Nr. 1 werden im Rahmen der jeweiligen Lehrveranstaltung abgelegt und erfolgen schriftlich oder mündlich. Die Art, Dauer und Fristen der Prüfungsleistungen werden von der Leitung der Lehrveranstaltung bestimmt und spätestens zu Beginn der Lehrveranstaltung bekannt gegeben. Bei Versäumen festgelegter Fristen gelten die noch nicht abgelegten Prüfungsleistungen als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, es sei denn, die zu prüfende Person hat die Fristüberschreitungen nicht zu vertreten.

§ 16 Masterarbeit

(1) Die Masterarbeit soll zeigen, dass die zu prüfende Person in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus einem Gebiet der Psychologie selbständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten.

(2) Die Masterarbeit kann von jeder prüfungsberechtigten Person gemäß § 6 Abs. 1 Satz 1 des Faches Psychologie ausgegeben und betreut werden. Die Ausgabe und Betreuung durch eine prüfungsberechtigte Person einer anderen Fachrichtung an der Universität Heidelberg bedarf der vorherigen Genehmigung durch den Prüfungsausschuss. Die Masterarbeit kann mit Zustimmung des Prüfungsausschusses an einer Einrichtung außerhalb der Universität Heidelberg angefertigt werden, wenn die Betreuung durch eine prüfungsberechtigte Person gemäß Satz 1 erfolgt.

(3) Das Thema der Masterarbeit wird gemeinsam mit der Betreuungsperson festgelegt. Auf Antrag sorgt der Vorsitz des Prüfungsausschusses dafür, dass die zu prüfende Person rechtzeitig ein Thema für die Masterarbeit erhält. Der zu prüfenden Person ist Gelegenheit zu geben, für das Thema Vorschläge zu machen, ein Rechtsanspruch wird dadurch nicht begründet. Die Ausgabe des Themas erfolgt über den Vorsitz des Prüfungsausschusses. Der Zeitpunkt der Ausgabe ist aktenkundig zu machen.

(4) Die Zeit von der Ausgabe des Themas bis zur Abgabe beträgt sechs Monate. In Ausnahmefällen kann die Frist vom Prüfungsausschuss mit Einverständnis der betreuenden Person um bis zu zwei Monate verlängert werden. Wird die Bearbeitungsfrist nicht eingehalten, so gilt die Arbeit als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, es sei denn, die zu prüfende Person hat die Fristüberschreitung nicht zu vertreten.

(5) Thema, Aufgabenstellung und Umfang der Masterarbeit sind so zu begrenzen, dass die Frist zur Bearbeitung eingehalten werden kann. Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb des ersten Monats der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden.

(6) Die Masterarbeit kann in deutscher oder englischer Sprache angefertigt werden.

§ 17 Abgabe und Bewertung der Masterarbeit

(1) Die Masterarbeit ist in zwei gedruckten Exemplaren sowie zusätzlich als PDF-Datei per E-Mail fristgemäß beim Prüfungsausschuss einzureichen; der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. Die Arbeit soll eine Zusammenfassung enthalten.

(2) Bei der Abgabe der Masterarbeit hat die zu prüfende Person schriftlich zu versichern, dass sie die Arbeit selbst verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet hat.

(3) Zur Überprüfung auf Plagiate können von den prüfenden Personen geeignete technische Verfahren angewendet werden. § 11 Abs. 5 gilt entsprechend.

(4) Die Masterarbeit wird von zwei prüfenden Personen bewertet, von denen eine Hochschullehrkraft sein muss sowie mindestens eine der Personen am Psychologischen Institut tätig sein soll. Die erste prüfende Person soll die Betreuungsperson der Arbeit sein. Die zweite prüfende Person wird vom Prüfungsausschuss bestimmt; die zu prüfende Person hat ein Vorschlagsrecht, das jedoch keinen Rechtsanspruch begründet. Das Bewertungsverfahren soll sechs Wochen nicht überschreiten.

(5) Die Note ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel beider Bewertungen; § 12 gilt entsprechend. Bei Abweichungen von mehr als einer Note setzt der Prüfungsausschuss nach Anhören beider prüfender Personen die Note der Masterarbeit fest. Er kann in diesen Fällen eine dritte prüfende Person hinzuziehen.

§ 18 Bestehen der Prüfung, Gesamtnote

- (1) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn alle Prüfungsleistungen gemäß § 15 Abs. 1 jeweils mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertet worden sind.
- (2) Für die Berechnung der Gesamtnote der Masterprüfung gemäß § 12 Abs. 3 werden die Modulnoten mit ihrem numerischen Wert vor einer Rundung gemäß § 12 Abs. 2 herangezogen und entsprechend ihrer Leistungspunktzahl gewichtet.
- (3) Das Modul *Masterarbeit und Forschungsbegleitung* wird bei der Berechnung der Gesamtnote mit dem Faktor 2 gewichtet.

§ 19 Wiederholung der Prüfungsleistungen, Fristen

- (1) Prüfungsleistungen, die nicht bestanden sind oder als nicht bestanden gelten, können einmal wiederholt werden. Fehlversuche an anderen Universitäten sind dabei anzurechnen. Eine zweite Wiederholung ist nur bei höchstens zwei studienbegleitenden Prüfungsleistungen zulässig. Eine zweite Wiederholung der Masterarbeit ist ausgeschlossen.
- (2) Die Wiederholung einer bestandenen Prüfungsleistung ist nicht möglich. Nicht bestandene Prüfungsleistungen müssen spätestens im übernächsten Semester wiederholt werden. Bei Versäumen dieser Frist erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, die zu prüfende Person hat das Versäumnis nicht zu vertreten.
- (3) Das endgültige Nichtbestehen eines Pflichtmoduls oder Wahlpflichtmoduls führt zum Ausschluss aus dem Studium.

§ 20 Masterzeugnis und Urkunde

- (1) Über die bestandene Masterprüfung wird innerhalb von vier Wochen nach Eingang der letzten Prüfungsbewertung im Prüfungsamt ein Zeugnis ausgestellt, das die Bezeichnung der einzelnen Module mit den in ihnen erzielten Noten (Note gem. § 12 Abs. 3 und numerischer Wert) sowie zugeordnete Leistungspunkte, das Thema und die Note der Masterarbeit und die Gesamtnote der Masterprüfung enthält. Das Zeugnis trägt das Datum, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist und ist von dem Dekan bzw. der Dekanin und von dem Vorsitz des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen.
- (2) Dem Zeugnis wird ein „Diploma Supplement“ in deutscher und englischer Sprache beigefügt, das ergänzende Informationen über Studieninhalte und Studienverlauf enthält und sich inhaltlich an den im „European Diploma Supplement Model“ festgelegten Rahmen hält.
- (3) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird eine zweisprachig in Deutsch und Englisch gefasste Masterurkunde mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des akademischen Grades „Master of Science“ beurkundet. Die Urkunde wird von dem Dekan bzw. der Dekanin und von dem bzw. der Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem Siegel der Fakultät versehen.
- (4) Ist die Masterprüfung endgültig nicht bestanden oder gilt sie als endgültig nicht bestanden, so erteilt der bzw. die Vorsitzende hierüber einen schriftlichen Bescheid, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen ist. Auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise sowie der Exmatrikulationsbescheinigung wird eine Bescheinigung ausgestellt, die die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Noten sowie die zur Masterprüfung noch fehlenden Prüfungsleistungen enthält und erkennen lässt, dass die Masterprüfung nicht bestanden ist.

Abschnitt III: Schlussbestimmungen

§ 21 Ungültigkeit von Prüfungen

(1) Hat die zu prüfende Person bei einer Prüfungsleistung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung getäuscht worden ist, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die zu prüfende Person hierüber täuschen wollte und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Wurde die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuss.

(3) Der zu prüfenden Person ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. Mit dem unrichtigen Prüfungszeugnis ist auch die zugehörige Masterurkunde einzuziehen, wenn die Prüfung aufgrund einer Täuschung für „nicht bestanden“ erklärt wurde. Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 22 Einsicht in die Prüfungsakten

(1) Klausuren können auf Antrag in Textform eingesehen werden. Der Antrag ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Noten an die verantwortliche Lehrkraft zu stellen.

(2) Nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird der zu prüfenden Person auf Antrag in Textform in angemessener Frist Einsicht in die Prüfungsunterlagen gewährt. Der Antrag ist innerhalb eines Jahres nach Abschluss des Prüfungsverfahrens zu stellen.

§ 23 Inkrafttreten, Übergangsregeln

(1) Diese Prüfungsordnung tritt am ersten Tag des auf die Veröffentlichung im Mitteilungsblatt des Rektors folgenden Monats in Kraft. Sie gilt erstmals für das Wintersemester 2023/24.

(2) Gleichzeitig tritt die Prüfungsordnung der Universität Heidelberg für den Masterstudiengang Psychologie vom 22. Juni 2010 (Mitteilungsblatt des Rektors vom 12. Juli 2010), zuletzt geändert am 03.06.2019 (Mitteilungsblatt des Rektors vom 05. Juni 2019) außer Kraft.

(3) Für Studierende, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Satzung bereits an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg für den Masterstudiengang Psychologie eingeschrieben sind, ist die Prüfungsordnung der Universität Heidelberg für den Masterstudiengang Psychologie vom 22. Juni 2010 (Mitteilungsblatt des Rektors vom 12. Juli 2010), zuletzt geändert am 03.06.2019 (Mitteilungsblatt des Rektors vom 05. Juni 2019) bis zum Ablauf des Wintersemesters 2026/2027 weiter anzuwenden.

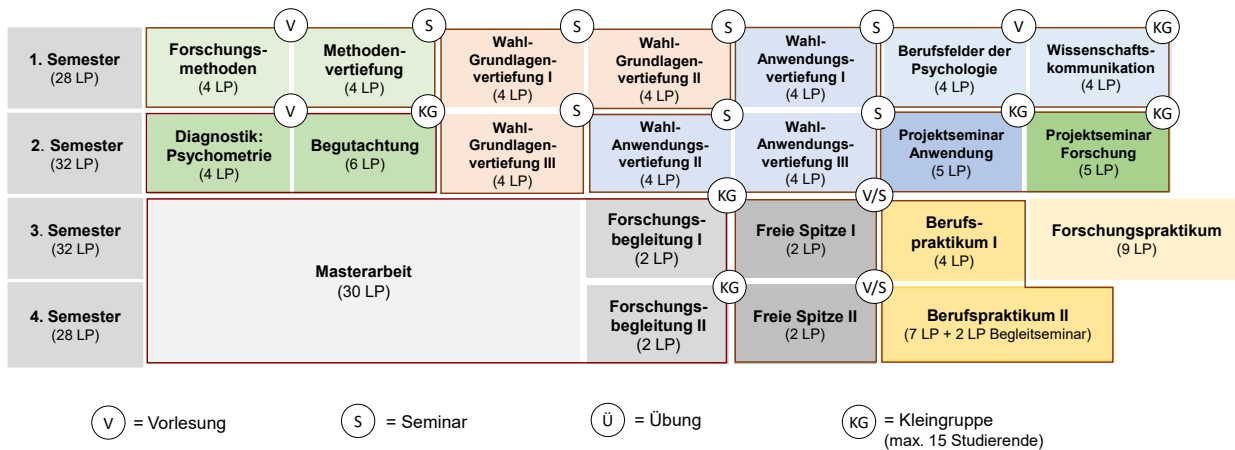
Heidelberg, den 02.03.2023

gez. Prof. Dr. Dr. h.c. Bernhard Eitel
Rektor

**Anlage 1: Studienprogramm des Masterstudienganges Psychologie in
Forschung und Anwendung**

**Anlage 2: Zulassungsvoraussetzungen für die Anmeldung der
Masterarbeit**

Anlage 1 Studienprogramm des Masterstudienganges Psychologie in Anwendung und Forschung an der Universität Heidelberg



Jahgangsgröße = 30 Studierende

Anlage 2 Zulassungsvoraussetzungen für die Anmeldung der Masterarbeit:

Eine Anmeldung der Masterarbeit ist erst nach der erfolgreichen Teilnahme an den folgenden Veranstaltungen im Umfang von 29 Leistungspunkten möglich:

- die Veranstaltungen Forschungsmethoden und Methodenvertiefung
- mindestens eine Veranstaltung aus dem Modul *Fortgeschrittene Diagnostik* (Vorlesung Diagnostik: Psychometrie oder Seminar Begutachtung)
- jeweils mindestens ein Seminar zur Anwendungs- und Grundlagenvertiefung
- ein Projektseminar (Forschung oder Anwendung)
- die Ringvorlesung Berufsfelder der Psychologie

1604

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 18 / 2023
08.12.2023

Berichtigte Fassung der im Mitteilungsblatt Nr. 15/2023 vom 28.09.2023 veröffentlichten Prüfungsordnung der Universität Heidelberg für den Masterstudiengang Psychologie in Klinischer Psychologie und Psychotherapie

**Prüfungsordnung der Universität Heidelberg
für den Masterstudiengang Psychologie
in Klinischer Psychologie und Psychotherapie**

vom 02.03.2023

Aufgrund von §§ 4, 5 der Approbationsordnung für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten (PsychThApprO) vom 04. März 2020 (BGBl. I S. 448) und § 32 des Gesetzes über die Hochschulen in Baden-Württemberg (Landeshochschulgesetz – LHG) vom 1. Januar 2005 (GBl. vom 5. Januar 2005, S. 1), zuletzt geändert am 21. Dezember 2021 (GBl. 2022, S. 1, 2) hat der Senat der Universität Heidelberg am 28.02.2023 die nachstehende Satzung beschlossen.

Der Rektor hat seine Zustimmung am 02.03.2023 erteilt.

Abschnitt I: Allgemeines

- § 1 Zweck des Studiums und der Prüfung
- § 2 Mastergrad
- § 3 Regelstudienzeiten, Studienaufbau, Umfang des Lehrangebots
- § 4 Module, Leistungspunkte, Zwischenzeugnis
- § 5 Teilnahme an Lehrveranstaltungen
- § 6 Prüfungsausschuss
- § 7 Prüfende und beisitzende Personen
- § 8 Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen sowie Studienabschlüssen
- § 9 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 10 Arten der studienbegleitenden Prüfungsleistungen
- § 11 Studienbegleitende mündliche Prüfungsleistungen
- § 12 Studienbegleitende schriftliche Prüfungsleistungen
- § 13 Bewertung der Prüfungsleistungen

Abschnitt II: Masterprüfung

- § 14 Zulassungsvoraussetzungen zur Masterprüfung
- § 15 Zulassungsverfahren
- § 16 Umfang und Art der Prüfung
- § 17 Masterarbeit
- § 18 Abgabe und Bewertung der Masterarbeit
- § 19 Bestehen der Prüfung, Gesamtnote
- § 20 Wiederholung der Prüfungsleistungen, Fristen
- § 21 Masterzeugnis und Urkunde

Abschnitt III: Schlussbestimmungen

- § 22 Ungültigkeit von Prüfungen
- § 23 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 24 Inkrafttreten

Abschnitt I: Allgemeines

§ 1 Zweck des Studiums und der Prüfungen

(1) Gegenstand des Masterstudienganges Psychologie in Klinischer Psychologie und Psychotherapie ist die auf ein Bachelorstudium der Psychologie aufbauende Vermittlung und Vertiefung von fachlichen Kenntnissen, Fertigkeiten und Methoden mit einem Schwerpunkt auf der empirischen Erforschung, Beschreibung und Erklärung abweichenden menschlichen Erlebens und Verhaltens im Sinne psychischer Beeinträchtigungen und psychischer Faktoren bei körperlichen Erkrankungen. Dabei werden theoretische und praktische Kompetenzen zur Prävention, Behandlung und Rehabilitation verschiedener psychischer Störungsbilder in verschiedenen Zielgruppen und Settings vermittelt. Der Studiengang soll zu einem qualifizierten und eigenverantwortlichen Handeln sowohl in der psychologischen und psychotherapeutischen Berufspraxis als auch in Wissenschaft und Forschung der Psychologie und Psychotherapie befähigen.

(2) Durch die Prüfung zum „Master of Science“ im Fach Psychologie in Klinischer Psychologie und Psychotherapie soll festgestellt werden, ob die Studierenden die Zusammenhänge ihres Faches überblicken, die Fähigkeit besitzen, tiefere wissenschaftliche Methoden und Erkenntnisse anzuwenden, nach wissenschaftlichen Grundsätzen selbständig zu arbeiten sowie deren Bedeutung für die Gesellschaft und berufliche Praxis zu erkennen. Die Masterprüfung bildet einen berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums Psychologie in Klinischer Psychologie und Psychotherapie, der insbesondere für eine selbstständige Arbeit in klinisch-psychologischen und wissenschaftlichen Tätigkeitsfeldern geeignet ist. Übergeordnetes Qualifikationsziel des Masterstudienganges ist die Vorbereitung der Studierenden auf eine psychotherapeutische Tätigkeit im Rahmen der Weiterbildung zur Fachpsychotherapeutin bzw. zum Fachpsychotherapeuten, die durch ein fachlich-kompetentes, eigenverantwortliches Handeln gemäß berufsethischer und berufsrechtlicher Vorgaben geprägt ist.

(3) Mit der Prüfung zum „Master of Science“ im Fach Psychologie in Klinischer Psychologie und Psychotherapie sind die Voraussetzungen eines Studiums, das für die Erteilung einer Approbation als Psychotherapeut bzw. Psychotherapeutin erforderlich ist, erfüllt.

§ 2 Mastergrad

Nach bestandener Masterprüfung verleiht die Universität Heidelberg den akademischen Grad "Master of Science" (abgekürzt M.Sc.).

§ 3 Regelstudienzeit, Studienaufbau, Umfang des Lehrangebots

(1) Die Regelstudienzeit für den Masterstudiengang Psychologie in Klinischer Psychologie und Psychotherapie beträgt einschließlich der Zeit für die Masterprüfung mit der Anfertigung der Masterarbeit vier Semester.

(2) Im Masterstudiengang Psychologie in Klinischer Psychologie und Psychotherapie können Studierende auf Antrag zu einem Teilzeitstudium zugelassen werden. Das Nähere regelt die Ordnung zur Regelung des Teilzeitstudiums an der Universität Heidelberg (TeilzeitstudienO) in der jeweils geltenden Fassung. Durch die Zulassung zum Teilzeitstudium verlängert sich die Regelstudienzeit entsprechend den dort getroffenen Bestimmungen. Die in dieser Prüfungsordnung festgelegten Bearbeitungszeiten bleiben unberührt.

(3) Das Lehrangebot erstreckt sich über vier Semester. Im dritten und vierten Semester ist die Masterarbeit anzufertigen. Der für den erfolgreichen Abschluss des Masterstudiums erforderliche Gesamtumfang im Pflicht- und Wahlbereich beträgt 120 Leistungspunkte (LP).

(4) Das Studium ist modular aufgebaut. Von den 120 Leistungspunkten entfallen 90 Leistungspunkte auf fachbezogene Lehrveranstaltungen und 30 Leistungspunkte auf die Masterarbeit.

(5) Das Studium vermittelt einerseits Lerninhalte zur Grundlagenvertiefung und zur Förderung allgemeiner und wissenschaftlicher Kompetenzen im Bereich Psychologie und andererseits die gemäß §§ 10, 11 und 16 bis 18 sowie Anlage 2 der Approbationsordnung Psychotherapie (PsychThApprO) geforderten Kompetenzen. Näheres regeln die Anlagen dieser Prüfungsordnung sowie das Modulhandbuch.

(6) Unterrichts- und Prüfungssprache ist grundsätzlich deutsch. Lehrveranstaltungen und Prüfungsleistungen können ganz oder teilweise auch in englischer Sprache abgehalten werden.

§ 4 Module, Leistungspunkte, Zwischenzeugnis

(1) Ein Modul ist eine thematisch und zeitlich abgeschlossene Lehr- und Lerneinheit, die sich aus verschiedenen Lehrveranstaltungen zusammensetzen kann. Es besteht nicht nur aus den zu besuchenden Lehrveranstaltungen, sondern umfasst auch die zu erbringenden Studienleistungen, die für die erfolgreiche Absolvierung eines Modules notwendig sind.

(2) Es wird unterschieden zwischen

- **Pflichtmodulen:** Pflichtmodule müssen von allen Studierenden absolviert werden. Innerhalb eines Pflichtmoduls kann aus verschiedenen Veranstaltungen ausgewählt werden. Das endgültige Nichtbestehen eines Pflichtmoduls führt zum Verlust des Prüfungsanspruchs.
- **Wahlpflichtmodulen** innerhalb eines begrenzten Wahlpflichtbereichs. Die Studierenden haben innerhalb des jeweiligen Wahlpflichtbereichs die Wahl zwischen verschiedenen, gleichwertigen Wahlpflichtmodulen. Innerhalb eines Wahlpflichtmoduls kann zudem die Wahl zwischen verschiedenen Veranstaltungen ermöglicht werden. Das endgültige Nichtbestehen des gewählten Wahlpflichtmoduls führt zum Verlust des Prüfungsanspruchs.

(3) Für das Bestehen eines Moduls müssen alle Teilleistungen innerhalb des Moduls mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bzw. mit „bestanden“ bei unbenoteten Teilleistungen bewertet worden sein (= Modulteilnoten).

(4) Für erfolgreich absolvierte Module mit ihren Teilleistungen werden Leistungspunkte vergeben. Dabei entspricht ein Leistungspunkt einem zeitlichen Arbeitsaufwand für den Studierenden von 30 Stunden.

(5) Auf Antrag wird je Semester eine Leistungsübersicht (Transcript of Records) über Studien- und Prüfungsleistungen ausgestellt. Darin werden alle bestandenen Modul-(teil)prüfungen zusammen mit den jeweiligen Leistungspunkten und den Noten verzeichnet.

§ 5 Teilnahme an Lehrveranstaltungen

(1) In der Modulübersicht besonders gekennzeichnete Lehrveranstaltungen (Anlage I) erfordern eine erfolgreiche und regelmäßige Teilnahme (Teilnahmepflicht = TP).

(2) Erfolgreich ist die Teilnahme, wenn Studierende die zu der Lehrveranstaltung gehörenden Prüfungen bestanden haben. Voraussetzung für die Zulassung zu einer zu der Lehrveranstaltung gehörenden Prüfung ist die regelmäßige Teilnahme gemäß Abs. 3. Die jeweils verantwortliche Lehrperson überprüft das Vorliegen dieser Voraussetzungen.

(3) Regelmäßig ist die Teilnahme, wenn Studierende mindestens 85 % der gesamten Unterrichtszeit anwesend waren. Die Anwesenheit kann durch geeignete Maßnahmen kontrolliert werden. Wird die Fehlzeit von höchstens 15 % aus von der bzw. dem Studierenden nicht zu vertretenden Gründen, welche diese bzw. dieser glaubhaft zu machen hat, überschritten, so entscheidet die verantwortliche Lehrperson über eine Kompensation der Fehlzeit. Bei der Entscheidung über eine Kompensation sind insbesondere folgende Belange der bzw. des betreffenden Studierenden zu berücksichtigen:

- a) die Inanspruchnahme von Schutzzeiten nach dem Mutterschutzgesetz oder von Zeiten nach den gesetzlichen Bestimmungen über die Elternzeit durch die bzw. den Studierenden,
- b) die Betreuung eines pflegebedürftigen Angehörigen im Sinne von § 7 Abs. 3 des Pflegezeitgesetzes oder eines überwiegend allein zu versorgenden Kindes Elternzeit durch die bzw. den Studierenden,
- c) eine Behinderung oder chronische Erkrankung der bzw. des Studierenden, die die Fähigkeit zur Anwesenheit in Lehrveranstaltungen beeinträchtigt.

§ 6 Prüfungsausschuss

(1) Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben ist ein Prüfungsausschuss zuständig. Er besteht aus drei Hochschullehrkräften, einer Vertretung der weiteren Mitarbeitenden des Instituts und einem Mitglied der Studierenden mit beratender Stimme. Der Vorsitz und die Stellvertretung sowie die weiteren Mitglieder des Prüfungsausschusses werden vom Fakultätsrat auf jeweils drei Jahre bestellt. Die Amtszeit der studierenden Person beträgt ein Jahr. Der Vorsitz und die Stellvertretung müssen Hochschullehrkräfte des Psychologischen Instituts sein.

(2) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Prüfungsordnung eingehalten werden und gibt Anregungen zur Weiterentwicklung des Studienplans und der Prüfungsordnung. Er bestellt die prüfenden und beisitzenden Personen. Der Prüfungsausschuss kann die Bestellung auf die vorsitzende Person übertragen. Er kann zu allen die Prüfungen betreffenden Fragen angerufen werden.

(3) Der Vorsitz führt die Geschäfte des Prüfungsausschusses, bereitet die Sitzungen vor, leitet sie und entscheidet bei Stimmengleichheit.

(4) Der Prüfungsausschuss kann weitere Aufgaben des Prüfungsausschusses auf die vorsitzende Person jederzeit widerruflich übertragen, soweit gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen. Der Prüfungsausschuss ist über deren Erledigung regelmäßig zu unterrichten.

(5) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, der Abnahme von Prüfungen beizuwohnen.

(6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie die prüfenden und beisitzenden Personen unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die vorsitzende Person zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(7) Ablehnende Entscheidungen des Prüfungsausschusses oder des Vorsitzes sind der zu prüfenden Person unverzüglich schriftlich mit Begründung mitzuteilen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 7 Prüfende und beisitzende Personen

(1) Zur Abnahme von Prüfungen, die nicht studienbegleitend in Verbindung mit einzelnen Lehrveranstaltungen durchgeführt werden, sind in der Regel nur das Professorium, Hochschul- und Privatdozierende befugt sowie akademische Mitarbeitende, denen die Prüfungsbefugnis im Fach Psychologie übertragen wurde. Lehrbeauftragte und Lehrkräfte für besondere Aufgaben können nur dann ausnahmsweise zu Prüfenden bestellt werden, wenn nicht genug Prüfungsberechtigte zur Verfügung stehen.

(2) Bei studienbegleitenden Prüfungsleistungen ist in der Regel die für die entsprechende Lehrveranstaltung verantwortliche Lehrkraft prüfende Person.

(3) Zur beisitzenden Person darf nur bestellt werden, wer die entsprechende Masterprüfung oder eine vergleichbare Prüfung abgelegt hat.

(4) Die zu prüfenden Person kann für die Masterarbeit eine Person zur Prüfungsabnahme vorschlagen; ein Rechtsanspruch auf Zuweisung einer bestimmten prüfenden Person wird dadurch nicht begründet.

(5) Der Vorsitz des Prüfungsausschusses sorgt dafür, dass der zu prüfenden Person die Namen der Personen, die prüfen, rechtzeitig bekannt gegeben werden.

§ 8 Anerkennung von hochschulischen Leistungen und Anrechnung von Leistungen außerhalb des Hochschulstudiums

(1) Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, die im gleichen oder in einem anderen Studiengang an einer staatlichen oder staatlich anerkannten inländischen Hochschule oder Berufsakademie oder anerkannten Hochschule oder einer äquivalenten Einrichtung erbracht worden sind, werden auf Antrag anerkannt, sofern hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen kein wesentlicher Unterschied zu den Leistungen besteht, die ersetzt werden. Die Masterarbeit ist von der Anerkennung ausgeschlossen.

(2) Der Antrag ist schriftlich beim Prüfungsausschuss einzureichen. Es obliegt der antragstellenden Person, die erforderlichen Informationen über die anzuerkennende hochschulische Leistung bereitzustellen. Die Beweislast dafür, dass ein Antrag die Voraussetzungen für die Anerkennung nicht erfüllt, liegt bei der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

(3) Soweit Vereinbarungen und Abkommen der Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten über Gleichwertigkeiten im Hochschulbereich (Äquivalenzabkommen) Studierende ausländischer Staaten abweichend von § 35 Abs. 1 LHG einschließlich sinngleicher Bestimmungen dieser Prüfungsordnung begünstigen, gehen die Regelungen der Äquivalenzabkommen vor.

(4) Außerhalb des Hochschulstudiums erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten sind auf Antrag auf ein Hochschulstudium anzurechnen, wenn die auf das Hochschulstudium anzurechnenden Kenntnisse und Fähigkeiten den Studien- und Prüfungsleistungen, die sie ersetzen sollen, nach Inhalt und Niveau gleichwertig sind. Außerhalb des Hochschulsystems erworbene Kenntnisse und Fähigkeiten dürfen höchstens 50 % des Hochschulstudiums ersetzen.

(5) Der Antrag ist schriftlich beim Prüfungsausschuss einzureichen. Es obliegt der antragstellenden Person, die erforderlichen Informationen über die anzurechnende und außerhalb des Hochschulstudiums erbrachte Leistung bereitzustellen. Die Beweislast für das Vorliegen von Gleichwertigkeit liegt bei der antragstellenden Person.

(6) Die Entscheidungen nach § 8 trifft der Prüfungsausschuss. § 1 Abs. 4 der PsychThApprO bleibt unberührt.

(7) Werden Studien- und Prüfungsleistungen anerkannt oder angerechnet, so sind die Noten – soweit die Notensysteme vergleichbar sind – zu übernehmen und nach Maßgabe dieser Prüfungsordnung in die Berechnung der Fachnoten bzw. Gesamtnote einzubeziehen. Bei unvergleichbaren Notensystemen wird der Vermerk „bestanden“ aufgenommen. Eine Kennzeichnung der Anrechnung als solcher im Transcript of Records ist möglich.

§ 9 Rücktritt, Versäumnis, Fristüberschreitung und Täuschung

(1) Eine Prüfungsleistung gilt als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, wenn die zu prüfende Person zu einem Prüfungstermin ohne triftigen Grund nicht erscheint oder wenn sie nach Beginn der Prüfung ohne triftigen Grund zurücktritt. Dasselbe gilt, wenn eine schriftliche Prüfungsleistung nicht innerhalb der vorgegebenen Zeit erbracht wird, es sei denn, die zu prüfende Person hat die Fristüberschreitung nicht zu vertreten.

(2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis gemäß Absatz 1 geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit der zu prüfenden Person oder eines von ihr überwiegend allein zu versorgenden Kindes ist ein ärztliches Attest vorzulegen. Werden die Gründe anerkannt, wird ein neuer Termin anberaumt. Die bereits vorliegenden Prüfungsergebnisse sind in diesem Fall anzurechnen.

(3) Versucht die zu prüfende Person, das Ergebnis der Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, wird die betreffende Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. Eine zu prüfende Person, die den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem bzw. der Prüfungsberechtigten oder Aufsichtsführenden von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall wird die betreffende Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss die zu prüfende Person von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.

(4) Die zu prüfende Person kann innerhalb einer Frist von einer Woche verlangen, dass die Entscheidungen nach Abs. 4 Satz 1 und 2 vom Prüfungsausschuss überprüft werden. Belastende Entscheidungen sind der zu prüfenden Person unverzüglich schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

§ 10 Arten der studienbegleitenden Prüfungsleistungen

- (1) Studienbegleitende Prüfungsleistungen können
1. mündlich (z.B. in Form von Präsentationen, Seminargestaltungen, praktischen Prüfungen mit Rollenspielen etc.), die dokumentiert werden muss (z.B. Protokoll, Präsentationsfolien mit Notizen etc.) oder
 2. schriftlich (z.B. Hausarbeiten, Klausuren) erbracht werden.
- (2) Macht die zu prüfende Person durch ein ärztliches Zeugnis glaubhaft, dass sie wegen länger andauernder oder ständiger Behinderungen nicht in der Lage ist, Prüfungsleistungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form zu erbringen, kann der Prüfungsausschuss gestatten, gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Entsprechendes gilt für Studienleistungen.

§ 11 Studienbegleitende mündliche Prüfungsleistungen

- (1) Durch mündliche Prüfungsleistungen soll die zu prüfende Person nachweisen, dass die Zusammenhänge des Prüfungsgebietes erkannt werden und spezielle Fragestellungen in diese Zusammenhänge eingeordnet werden können. Ferner soll festgestellt werden, ob die zu prüfende Person über ein dem Studium entsprechendes Grundlagenwissen verfügt.
- (2) Die Dauer der mündlichen Prüfungsleistungen beträgt in der Regel zwischen 20 und 30 Minuten.

§ 12 Studienbegleitende schriftliche Prüfungsleistungen

- (1) In den schriftlichen Prüfungsleistungen soll die zu prüfende Person nachweisen, dass sie in begrenzter Zeit und mit begrenzten Hilfsmitteln mit den gängigen Methoden des Faches ein Problem erkennen und Wege zu einer Lösung finden kann.
- (2) Die Dauer der Klausurarbeiten beträgt in der Regel zwischen 45 und 180 Minuten.
- (3) Bei Multiple-Choice-Aufgaben hat die zu prüfende Person eine oder mehrere Antworten aus einer begrenzten Zahl von Möglichkeiten auszuwählen. Diese Prüfungsaufgaben werden in der Regel von der verantwortlichen Lehrperson gestellt, müssen auf die durch die Lehrveranstaltungen vermittelten Kenntnisse abgestimmt sein und zuverlässige Prüfungsergebnisse liefern. Die gestellte Anzahl der Aufgaben vermindert sich bei fehlerhaften und uneindeutigen Prüfungsaufgaben und entsprechend ist bei der Bewertung von der verminderten Anzahl auszugehen. Die Verminderung der Zahl der Prüfungsaufgaben darf sich nicht zum Nachteil der zu prüfenden Person auswirken. Werden Multiple-Choice-Fragen in Prüfungen bzw. Teilprüfungen eingesetzt, so gilt die Prüfung bzw. Teilprüfung als bestanden, wenn mindestens 60 Prozent der maximal erreichbaren Punkte erreicht werden. Unterschreitet bei Prüfungen oder Teilprüfungen anhand von Multiple-Choice-Aufgaben das um 20 % verminderte arithmetische Mittel der erreichten Punktwerte die 60 %-Grenze, so verringert sich die Bestehensgrenze auf diesen Wert, kann aber 50 % der maximal erreichbaren Punktzahl nicht unterschreiten (Gleitklausel).
- (4) Sofern eine schriftliche Prüfungsleistung in Form einer Hausarbeit erbracht wird, hat die zu prüfende Person zu versichern, dass sie die Hausarbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Hilfsmittel verwendet hat.

(5) Zur Überprüfung auf Plagiate können von den prüfenden Personen geeignete technische Verfahren angewendet werden. Bei Feststellung eines Plagiats bzw. im Verdachtsfall kann sich die prüfende Person vom Prüfungsausschuss beraten lassen. Im Fall eines nachgewiesenen Plagiats wird die betreffende Prüfung mit „nicht ausreichend“ (5,0) bzw. mit „nicht bestanden“ bewertet; § 9 Abs. 4 gilt entsprechend. Vor einer Entscheidung ist der zu prüfenden Person Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(6) Das Bewertungsverfahren für schriftliche Prüfungsleistungen soll sechs Wochen nicht überschreiten.

§ 13 Bewertung der Prüfungsleistungen

(1) Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von den jeweiligen prüfenden Personen festgesetzt. Für die Bewertung der Leistungen sind folgende Noten zu verwenden:

1 = sehr gut	=eine hervorragende Leistung
2 = gut	=eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
3 = befriedigend	=eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
4 = ausreichend	=eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5 = nicht ausreichend	=eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Zur differenzierten Bewertung der Prüfungsleistungen können Zwischenwerte durch Verringerung oder Erhöhung der einzelnen Noten um 0,3 gebildet werden; die Note 0,7 und Zwischenwerte über 4,0 sind ausgeschlossen.

(2) Aus den ungerundeten Modulteilnoten wird eine Modulendnote entsprechend der Anzahl der Leistungspunkte ermittelt. Ist in einem Modul eine Modulabschlussprüfung abzulegen, so bildet die Note der Modulabschlussprüfung die Note für dieses Modul.

Eine Modulendnote und die Gesamtnote der Masterprüfung lautet:

bei einem Durchschnitt bis 1,5 sehr gut
bei einem Durchschnitt von 1,6 bis 2,5 gut
bei einem Durchschnitt von 2,6 bis 3,5 befriedigend
bei einem Durchschnitt von 3,6 bis 4,0 ausreichend

(4) Bei der Bildung der Modulendnoten und der Gesamtnote der Masterprüfung wird nur die erste Stelle hinter dem Komma berücksichtigt, alle weiteren Stellen werden ohne Rundung gestrichen. Die Gesamtnote der Masterprüfung wird gemäß § 19 Abs. 2 berechnet.

(5) Die Studierenden, die die entsprechende Masterprüfung erfolgreich abgelegt haben, erhalten im „Diploma Supplement“ (§ 21 Abs. 2) zusätzlich zu der Abschlussnote nach deutschem System eine relative Note (ECTS-Note) entsprechend dem jeweils gültigen ECTS User's Guide.

Abschnitt II: Masterprüfung

§ 14 Zulassungsvoraussetzungen zur Masterprüfung

- (1) Zu einer Masterprüfung im Fach Psychologie in Klinischer Psychologie und Psychotherapie kann nur zugelassen werden, wer
1. an der Universität Heidelberg für den Masterstudiengang Psychologie in Klinischer Psychologie und Psychotherapie eingeschrieben ist,
 2. den eigenen Prüfungsanspruch im Masterstudiengang Psychologie in Klinischer Psychologie und Psychotherapie oder in einem verwandten Studiengang mit im Wesentlichen gleichen Inhalt nicht verloren hat.
- (2) Für die Zulassung zur Masterarbeit sind zusätzlich Bescheinigungen vorzulegen über das erfolgreiche Bestehen von den in Anlage I aufgeführten Lehrveranstaltungen der Module *Fortgeschrittene Forschungsmethoden* (8 LP), *Fortgeschrittene Diagnostik* (8 LP) und *Wahl-Grundlagenvertiefung* (10 LP) im Umfang von 26 Leistungspunkten.

§ 15 Zulassungsverfahren

- (1) Der Antrag auf Zulassung ist schriftlich an den Vorsitz des Prüfungsausschusses zu richten. Dem Antrag sind beizufügen:
1. die Nachweise über das Vorliegen der in § 14 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
 2. eine Erklärung darüber, ob die zu prüfende Person in einem Masterstudiengang Psychologie in Klinischer Psychologie und Psychotherapie oder in einem verwandten Studiengang mit im Wesentlichen gleichem Inhalt bereits eine Masterprüfung nicht bestanden hat oder sich in einem Prüfungsverfahren eines solchen Studienganges befindet.

(2) Kann die zu prüfende Person die erforderlichen Nachweise nicht in der vorgeschriebenen Weise beibringen, so kann der Prüfungsausschuss gestatten, die Nachweise auf eine andere Art zu führen.

(3) Aufgrund des Antrages entscheidet der Prüfungsausschuss über die Zulassung. Eine Ablehnung ist schriftlich mitzuteilen, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

- (4) Der Antrag auf Zulassung darf nur abgelehnt werden, wenn
1. die Voraussetzungen gemäß § 14 nicht erfüllt sind oder
 2. die Unterlagen gemäß Abs. 1 unvollständig sind und trotz Aufforderung nicht vervollständigt wurden oder
 3. die zu prüfende Person die Masterprüfung im Studiengang Psychologie in Klinischer Psychologie und Psychotherapie oder in einem verwandten Studiengang mit im Wesentlichen gleichem Inhalt endgültig nicht bestanden hat oder den Prüfungsanspruch verloren hat oder
 4. die zu prüfende Person sich in einem laufenden Prüfungsverfahren eines solchen Studienganges befindet.

§ 16 Umfang und Art der Prüfung

- (1) Die Masterprüfung besteht aus
1. der erfolgreichen Teilnahme an den in Anlage I aufgeführten Modulen und Lehrveranstaltungen,
 2. der Masterarbeit.

(2) Die Prüfungen zu Abs. 1 Nr. 1 werden im Rahmen der jeweiligen Lehrveranstaltung abgelegt und erfolgen schriftlich oder mündlich. Die Art, Dauer und Fristen der Prüfungsleistungen werden von der Leitung der Lehrveranstaltung bestimmt und spätestens zu Beginn der Lehrveranstaltung bekannt gegeben. Bei Versäumen festgelegter Fristen gelten die noch nicht abgelegten Prüfungsleistungen als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, es sei denn, die zu prüfende Person hat die Fristüberschreitungen nicht zu vertreten.

§ 17 Masterarbeit

(1) Die Masterarbeit soll zeigen, dass die zu prüfende Person in der Lage ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist ein Problem aus einem Gebiet der Psychologie selbständig nach wissenschaftlichen Methoden zu bearbeiten.

(2) Die Masterarbeit kann von jeder prüfungsberechtigten Person gemäß § 7 Abs. 1 Satz 1 des Faches Psychologie ausgegeben und betreut werden. Die Ausgabe und Betreuung durch eine prüfungsberechtigte Person einer anderen Fachrichtung an der Universität Heidelberg bedarf der vorherigen Genehmigung durch den Prüfungsausschuss. Die Masterarbeit kann mit Zustimmung des Prüfungsausschusses an einer Einrichtung außerhalb der Universität Heidelberg angefertigt werden, wenn die Betreuung durch einen prüfungsberechtigten gemäß Satz 1 erfolgt.

(3) Das Thema der Masterarbeit wird gemeinsam mit der Betreuungsperson festgelegt. Auf Antrag sorgt der Vorsitz des Prüfungsausschusses dafür, dass die zu prüfende Person rechtzeitig ein Thema für die Masterarbeit erhält. Der zu prüfenden Person ist Gelegenheit zu geben, für das Thema Vorschläge zu machen, ein Rechtsanspruch wird dadurch nicht begründet. Die Ausgabe des Themas erfolgt über den Vorsitz des Prüfungsausschusses. Der Zeitpunkt der Ausgabe ist aktenkundig zu machen.

(4) Die Zeit von der Ausgabe des Themas bis zur Abgabe beträgt sechs Monate. In Ausnahmefällen kann die Frist vom Prüfungsausschuss mit Einverständnis der betreuenden Person um bis zu zwei Monate verlängert werden. Wird die Bearbeitungsfrist nicht eingehalten, so gilt die Arbeit als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet, es sei denn, die zu prüfende Person hat die Fristüberschreitung nicht zu vertreten.

(5) Thema, Aufgabenstellung und Umfang der Masterarbeit sind so zu begrenzen, dass die Frist zur Bearbeitung eingehalten werden kann. Das Thema kann nur einmal und nur innerhalb des ersten Monats der Bearbeitungszeit zurückgegeben werden.

(6) Die Masterarbeit kann in deutscher oder englischer Sprache angefertigt werden.

§ 18 Abgabe und Bewertung der Masterarbeit

(1) Die Masterarbeit ist in zwei gedruckten Exemplaren sowie zusätzlich als PDF-Datei per E-Mail fristgemäß beim Prüfungsausschuss einzureichen; der Abgabezeitpunkt ist aktenkundig zu machen. Die Arbeit soll eine Zusammenfassung enthalten.

(2) Bei der Abgabe der Masterarbeit hat die zu prüfende Person schriftlich zu versichern, dass sie die Arbeit selbst verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel verwendet hat.

(3) Zur Überprüfung auf Plagiate können von den prüfenden Personen geeignete technische Verfahren angewendet werden. § 12 Abs. 5 gilt entsprechend.

(4) Die Masterarbeit wird von zwei prüfenden Personen bewertet, von denen eine Hochschullehrkraft sein muss sowie mindestens eine der Personen am Psychologischen Institut tätig sein soll. Die erste prüfende Person soll die Betreuungsperson der Arbeit sein. Die zweite prüfende Person wird vom Prüfungsausschuss bestimmt; die zu prüfende Person hat ein Vorschlagsrecht, das jedoch keinen Rechtsanspruch begründet. Das Bewertungsverfahren soll sechs Wochen nicht überschreiten.

(5) Die Note ergibt sich aus dem arithmetischen Mittel beider Bewertungen; § 13 gilt entsprechend. Bei Abweichungen von mehr als einer Note setzt der Prüfungsausschuss nach Anhören beider prüfenden Personen die Note der Masterarbeit fest. Er kann in diesen Fällen eine dritte prüfende Person hinzuziehen.

§ 19 Bestehen der Prüfung, Gesamtnote

(1) Die Masterprüfung ist bestanden, wenn alle Prüfungsleistungen gemäß § 16 Abs. 1 jeweils mit mindestens „ausreichend“ (4,0) bewertet worden sind.

(2) Für die Berechnung der Gesamtnote der Masterprüfung gemäß § 13 Abs. 3 werden die Modulnoten mit ihrem numerischen Wert vor einer Rundung gemäß § 13 Abs. 2 herangezogen und entsprechend ihrer Leistungspunktezahl gewichtet.

(3) Das Modul *Masterarbeit und Forschungsbegleitung* wird bei der Berechnung der Gesamtnote mit dem Faktor 1,5 gewichtet.

§ 20 Wiederholung der Prüfungsleistungen, Fristen

(1) Prüfungsleistungen, die nicht bestanden sind oder als nicht bestanden gelten, können einmal wiederholt werden. Fehlversuche an anderen Universitäten sind dabei anzurechnen. Eine zweite Wiederholung ist nur bei höchstens zwei studienbegleitenden Prüfungsleistungen zulässig. Eine zweite Wiederholung der Masterarbeit ist ausgeschlossen.

(2) Die Wiederholung einer bestandenen Prüfungsleistung ist nicht möglich. Nicht bestandene Prüfungsleistungen müssen spätestens im übernächsten Semester wiederholt werden. Bei Versäumen dieser Frist erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn, die zu prüfende Person hat das Versäumnis nicht zu vertreten.

(3) Das endgültige Nichtbestehen eines Pflichtmoduls oder Wahlpflichtmoduls führt zum Ausschluss aus dem Studium.

§ 21 Masterzeugnis und Urkunde

(1) Über die bestandene Masterprüfung wird innerhalb von vier Wochen nach Eingang der letzten Prüfungsbewertung im Prüfungsamt ein Zeugnis ausgestellt, das die Bezeichnung der einzelnen Module mit den in ihnen erzielten Noten (Note gem. § 13 Abs. 3 und numerischer Wert) sowie zugeordnete Leistungspunkte, das Thema und die Note der Masterarbeit und die Gesamtnote der Masterprüfung enthält. Das Zeugnis trägt das Datum, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist und ist von dem Dekan bzw. der Dekanin und dem Vorsitz des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen. Die Einhaltung der berufsrechtlichen Voraussetzungen (gem. §§ 16 bis 18 und Anlage 2, PsychThApprO) ist auf dem Zeugnis auszuweisen.

(2) Dem Zeugnis wird ein „Diploma Supplement“ in deutscher und englischer Sprache beigefügt, das ergänzende Informationen über Studieninhalte und Studienverlauf enthält und sich inhaltlich an den im „European Diploma Supplement Model“ festgelegten Rahmen hält.

(3) Gleichzeitig mit dem Zeugnis wird eine zweisprachig in Deutsch und Englisch gefasste Masterurkunde mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt. Darin wird die Verleihung des akademischen Grades "Master of Science" beurkundet. Die Urkunde wird von dem Dekan bzw. der Dekanin und dem Vorsitz des Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem Siegel der Fakultät versehen.

(4) Ist die Masterprüfung endgültig nicht bestanden oder gilt sie als endgültig nicht bestanden, so erteilt der bzw. die Vorsitzende hierüber einen schriftlichen Bescheid, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen ist. Auf Antrag und gegen Vorlage der entsprechenden Nachweise sowie der Exmatrikulationsbescheinigung wird eine Bescheinigung ausgestellt, die die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Noten sowie die zur Masterprüfung noch fehlenden Prüfungsleistungen enthält und erkennen lässt, dass die Masterprüfung nicht bestanden ist.

Abschnitt III: Schlussbestimmungen

§ 22 Ungültigkeit von Prüfungen

(1) Hat die zu prüfende Person bei einer Prüfungsleistung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung getäuscht worden ist, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die zu prüfende Person hierüber täuschen wollte und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Wurde die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuss.

(3) Der zu prüfenden Person ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) Das unrichtige Prüfungszeugnis ist einzuziehen und gegebenenfalls ein neues zu erteilen. Mit dem unrichtigen Prüfungszeugnis ist auch die zugehörige Masterurkunde einzuziehen, wenn die Prüfung aufgrund einer Täuschung für „nicht bestanden“ erklärt wurde. Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren ab dem Datum des Prüfungszeugnisses ausgeschlossen.

§ 23 Einsicht in die Prüfungsakten

(1) Klausuren können auf Antrag in Textform eingesehen werden. Der Antrag ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Noten an die verantwortliche Lehrkraft zu stellen.

(2) Nach Abschluss des Prüfungsverfahrens wird der zu prüfenden Person auf Antrag in Textform in angemessener Frist Einsicht in die Prüfungsunterlagen gewährt. Der Antrag ist innerhalb eines Jahres nach Abschluss des Prüfungsverfahrens zu stellen.

1628

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 18 / 2023
08.12.2023

§ 24 Inkrafttreten, Übergangsregeln

Diese Prüfungsordnung tritt am ersten Tag des auf die Veröffentlichung im Mitteilungsblatt des Rektors folgenden Monats in Kraft. Sie gilt erstmals für das Wintersemester 2023/24.

Heidelberg, den 02.03.2023

gez. Prof. Dr. Dr. h.c. Bernhard Eitel
Rektor

**Anlage I: Studienprogramm des Masterstudienganges Psychologie in
Klinischer Psychologie und Psychotherapie**

**Anlage II: Umsetzung approbationsrelevanter Lerninhalte in den
Modulen des Masterstudienganges Psychologie in Klinischer Psychologie
und Psychotherapie an der Universität Heidelberg**

1629

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 18 / 2023
08.12.2023

Anlage I Studienprogramm des Masterstudienganges Psychologie in Klinischer Psychologie und Psychotherapie an der Universität Heidelberg

Übersicht über die Module und Lehrveranstaltungen im ersten Studienjahr
(**TP** = Pflicht zur regelmäßigen und erfolgreichen Teilnahme gemäß § 5 dieser Prüfungsordnung)

Grundlagen: Methoden- und Diagnostikausbildung 16 LPs

Pflichtmodul: Fortgeschrittene Forschungsmethoden

Sem. 1	Forschungsmethoden	4 LP
Sem. 1	Methodenvertiefung	4 LP

Pflichtmodul: Fortgeschrittene Diagnostik

Sem.2	Diagnostik: Psychometrie	4 LP
Sem.2	Begutachtung	4 LP

Grundlagen: Wahl-Grundlagenvertiefung 10 LP

Wahl-Pflichtmodul: Wahl-Grundlagenvertiefung

Sem. 1	Wahl-Grundlagenvertiefung I	4 LP
Sem. 1	Wahl-Grundlagenvertiefung II	4 LP
Sem. 2	Wahl-Grundlagenvertiefung III	2 LP

Spezielle Störungs- und Verfahrenslehre der Psychotherapie 11 LP

Pflichtmodul: Spezielle Störungs- und Verfahrenslehre der Psychotherapie

Sem. 1	Störungs- und Verfahrenslehre Erwachsene	4 LP
Sem. 1	Störungs- und Verfahrenslehre Kinder und Jugendliche	4 LP
Sem. 2	Störungs- und Verfahrenslehre Vertiefung	3 LP

1630

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 18 / 2023
08.12.2023

Praxis der Psychotherapie – Berufsqualifizierende Tätigkeit II (BQT II) 15 LP

Pflichtmodul: Praxis der Psychotherapie – Berufsqualifizierende Tätigkeit II (BQT II)

Sem. 1	BQT II: Praxisbezogenes Fallseminar I	5 LP (TP)
Sem. 2	BQT II: Praxisbezogenes Fallseminar II	5 LP (TP)
Sem. 3	BQT II: Praxisbezogenes Fallseminar III	5 LP (TP)

Angewandte Psychotherapie, Dokumentation und Evaluation 7 LP

*Pflichtmodul: Angewandte Psychotherapie, Dokumentation und
Evaluation*

Sem. 1	Angewandte Psychotherapie I	2 LP
Sem. 2	Angewandte Psychotherapie II	3 LP
Sem. 2	Dokumentation und Evaluation	2 LP

Forschungspraktikum 5 LP

Pflichtmodul: Forschungspraktikum

Sem. 2	Forschungspraktikum	5 LP
--------	---------------------	------

Übersicht über die Module und Lehrveranstaltungen im zweiten Studienjahr
(**TP** = Pflicht zur regelmäßigen und erfolgreichen Teilnahme gemäß § 5 dieser Prüfungsordnung)**Masterarbeit und Forschungsbegleitung 32 LP***Pflichtmodul: Masterarbeit und Forschungsbegleitung*

Sem. 3	Masterarbeit (1)	15 LP
Sem. 4	Masterarbeit (2)	15 LP
Sem. 3-4	Forschungsbegleitung	2 LP

Begleitend zur Masterarbeit ist die Teilnahme an einer Veranstaltung „Forschungsbegleitung“ im Umfang von 2 LPs vorgesehen, in dem die Forschungsprojekte der teilnehmenden Studierenden präsentiert und diskutiert werden. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf methodischen Aspekten der vorgestellten Forschungsprojekte.

Vertiefte Praxis der Psychotherapie 9 LP*Pflichtmodul: Vertiefte Praxis der Psychotherapie*

Sem. 3-4	Ambulantes Berufspraktikum – Berufsqualifizierende Tätigkeit III (BQT III)	5 LP (TP)
Sem. 3-4	Klinische Diagnostik und Begutachtung	2 LP (TP)
Sem. 3-4	Selbstreflexion	2 LP (TP)

(Teil)stationäres Berufspraktikum - Berufsqualifizierende Tätigkeit III 15 LP*Pflichtmodul: (Teil)stationäres Berufspraktikum –
Berufsqualifizierende Tätigkeit III*

Sem. 3-4	(Teil)stationäres Berufspraktikum – Berufsqualifizierende Tätigkeit III (BQT III)	15 LP (TP)
----------	---	---------------------

1632

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 18 / 2023
08.12.2023

Leistungspunkte für M.Sc.-Studium
Psychologie in Klinischer Psychologie und
Psychotherapie insgesamt

120 LP

Anlage II Umsetzung approbationsrelevanter Lerninhalte in den Modulen des Masterstudiengangs Psychologie in Klinischer Psychologie und Psychotherapie an der Universität Heidelberg

Um die berufsrechtlichen Voraussetzungen der Approbationsordnung für Psychotherapeutinnen und Fachpsychotherapeuten (PsychThApprO) zu erfüllen, müssen im Masterstudiengang Klinische Psychologie und Psychotherapie entsprechend vorgegebene Lerninhalte erfolgreich abgeschlossen werden. Aus der Tabelle geht hervor, in welchen Modulen des Studiengangs die in Anlage 2 und in den §§ 10, 11, 16 bis 18 genannten Inhalte der PsychThApprO vermittelt werden.

Geforderte Inhalte nach der PsychThApprO		Umsetzung in den Modulen*:
Hochschulische Lehre (54 ECTS)		
1.	Wissenschaftliche Vertiefung (6 ECTS)	Modul „Wahl-Grundlagenvertiefung“ (10 ECTS)
2.	Vertiefte Forschungsmethodik (6 ECTS)	Modul „Fortgeschrittene Forschungsmethoden“ (8 ECTS) Modul Masterarbeit und Forschungsbegleitung: Veranstaltung „Forschungsbegleitung“ (2 ECTS)
3.	Spezielle Störungs- und Verfahrenslehre der Psychotherapie (11 ECTS)	Modul „Spezielle Störungs- und Verfahrenslehre der Psychotherapie“ (11 ECTS)
4.	Angewandte Psychotherapie (5 ECTS)	Modul „Angewandte Psychotherapie, Dokumentation und Evaluation“: Veranstaltungen „Angewandte Psychotherapie I und II“ (5 ECTS)
5.	Dokumentation, Evaluierung und Organisation psychotherapeutischer Behandlungen (2 ECTS)	Modul „Angewandte Psychotherapie, Dokumentation und Evaluation“: Veranstaltung „Dokumentation und Evaluation“ (2 ECTS)
6.	Vertiefte psychologische Diagnostik und Begutachtung (7 ECTS)	Modul „Fortgeschrittene Diagnostik“ (8 ECTS) Modul „Vertiefte Praxis der Psychotherapie“ (9 ECTS): Veranstaltung „Klinische Diagnostik und Begutachtung“ (2 ECTS)
7.	Berufsqualifizierende Tätigkeit II (15 ECTS)	Modul „Praxis der Psychotherapie – Berufsqualifizierende Tätigkeit II (BQT II)“ (15 ECTS)
8.	Selbstreflexion (2 ECTS)	„Vertiefte Praxis der Psychotherapie“ (9 ECTS): Veranstaltung „Selbstreflexion“ (2 ECTS)

Berufspraktische Einsätze (25 ECTS)		
9.	Forschungsorientiertes Praktikum II (5 ECTS)	Modul „Forschungspraktikum“ (5 ECTS)
10.	Berufsqualifizierende Tätigkeit III (20 ECTS)	Modul „(Teil)stationäres Berufspraktikum – Berufsqualifizierende Tätigkeit III (BQT III)“ (15 ECTS) Modul: „Vertiefte Praxis der Psychotherapie“ (9 ECTS): Veranstaltung „Ambulantes Berufspraktikum – Berufsqualifizierende Tätigkeit III (BQT III)“ (5 ECTS)

*Bei der Gestaltung des Masterstudiengangs Klinische Psychologie in Klinischer Psychologie und Psychotherapie wurden die Empfehlungen der DGPs und des DGPs-Qualitätssiegels umgesetzt.

1635

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 18 / 2023
08.12.2023

Gemäß § 12 i. V. mit § 6 Abs. 1 des Studierendenwerkgesetzes Baden-Württemberg (StWG) in der Fassung vom 15. September 2005 (GBl. 2005, S. 621), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 2020 (GBl. S. 1204, 1226) hat der Verwaltungsrat des Studierendenwerks Heidelberg am 27. November 2023 die Beitragsordnung des Studierendenwerks Heidelberg geändert und wie folgt neu gefasst:

Beitragsordnung des Studierendenwerks Heidelberg - Anstalt des öffentlichen Rechts -

§ 1 Beitragszweck

Dem Studierendenwerk Heidelberg ist nach § 2 StWG die soziale Betreuung und Förderung der Studierenden übertragen. Zur Erfüllung dieser gesetzlichen Aufgaben erhebt das Studierendenwerk Heidelberg in jedem Semester einen Beitrag gemäß § 12 Abs. 2 StWG von allen Studierenden der unter § 2.1. dieser Beitragsordnung genannten Hochschulen. Abweichend hiervon wird der Beitrag für Studierende an den Dualen Hochschulen Baden-Württemberg jeweils für ein volles Studienjahr erhoben.

§ 2 Beitragspflicht

1. Beitragspflichtig sind alle immatrikulierten Studierenden folgender Hochschulen

- Universität Heidelberg
- Pädagogische Hochschule Heidelberg
- Hochschule für Kirchenmusik Heidelberg
- Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg
- Hochschule Heilbronn
- Duale Hochschule Baden-Württemberg Mosbach
- Duale Hochschule Baden-Württemberg Heilbronn
- Duale Hochschule Baden-Württemberg Center for Advanced Studies (DHBW CAS)
- Hochschule für Rechtspflege Schwetzingen

2. Die Beitragspflicht erstreckt sich auch auf beurlaubte Studierende.

3. Exmatrikulierte Prüfungskandidatinnen und -kandidaten, welche die sozialen Einrichtungen des Studierendenwerks Heidelberg in Anspruch nehmen, unterliegen ebenfalls der Beitragspflicht. Mit der Entrichtung des Beitrags ist dieser Personenkreis berechtigt, die sozialen Einrichtungen des Studierendenwerks Heidelberg zu benutzen. Zum Nachweis der Berechtigung wird ein Berechtigungsausweis ausgestellt.

§ 3 Beitragshöhe

Der Betrag je Semester bzw. je Studienjahr wird wie folgt festgesetzt.

- | | | |
|----|---|--------------------|
| 1. | Für die Studierenden der Universität Heidelberg pro Semester | 66,00 Euro |
| 2. | Für die Studierenden der Pädagogischen Hochschule Heidelberg pro Semester | 66,00 Euro |
| 3. | Für die Studierenden der Hochschule für Kirchenmusik Heidelberg pro Semester
Hiervon entfällt ein Beitragsanteil von 66,00 Euro auf das Studierendenwerk Heidelberg sowie ein Anteil von 2,50 Euro auf die Sockelfinanzierung durch die Teilnahme am Angebot der Theaterflatrate und 2,55 Euro auf die Sockelfinanzierung durch die Teilnahme am Angebot von VR-Nextbike. Erhöht sich der Anteil für die Sockelfinanzierung, so erhöht sich der Gesamtbeitrag entsprechend. | 71,05 Euro |
| 4. | Für die Studierenden der Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg pro Semester
Hiervon entfällt ein Beitragsanteil von 66,00 Euro auf das Studierendenwerk Heidelberg. | 66,00 Euro |
| 5. | Für die Studierenden der Hochschule Heilbronn pro Semester
Hiervon entfällt ein Beitragsanteil von 54,00 Euro auf das Studierendenwerk Heidelberg sowie ein Anteil von 15,00 Euro auf die Sockelfinanzierung des Semestertickets. Erhöht sich der Anteil für die Sockelfinanzierung, so erhöht sich der Gesamtbeitrag entsprechend. | 69,00 Euro |
| 6. | Für die Studierenden der Dualen Hochschule Baden-Württemberg Mosbach pro Studienjahr | 98,00 Euro |
| 7. | Für die Studierenden der Dualen Hochschule Baden-Württemberg Heilbronn pro Studienjahr | 108,00 Euro |
| 8. | Für die Studierenden des DHBW CAS Heilbronn pro Studienjahr | 108,00 Euro |
| 9. | Für die Studierenden der Hochschule für Rechtspflege Schwetzingen pro Studienjahr | 132,00 Euro |

Studierende, die an mehreren der oben genannten Hochschulen immatrikuliert sind, haben nur einen Beitrag, und zwar den höheren, zu entrichten. Bei Erhöhung des Beitrages im Sommersemester fällt bei den Hochschulen, die den Beitrag pro Studienjahr erheben, der höhere Beitrag im Jahr der Erhöhung bereits für das Sommersemester an.

§ 4 Fälligkeit und Zahlung

1. Die Beiträge sind bei Immatrikulation bzw. Rückmeldung und bei den Dualen Hochschulen Baden-Württemberg zu Beginn des Studienjahres bzw. des Studiums fällig. Sie werden von den für die Hochschulen zuständigen Kassen unentgeltlich erhoben und vollstreckt.
2. Bei der Einschreibung oder Rückmeldung ist die Zahlung des Beitrages nachzuweisen.

§ 5 Stundung, Ermäßigung

1. Der Beitrag kann nicht erlassen, ermäßigt oder gestundet werden. Ein Anspruch auf anteilige Rückzahlung des Beitrages im Falle der Exmatrikulation oder der Rücknahme der Immatrikulation vor Ablauf des Semesters bzw. Studienjahrs besteht nicht.
2. Schwerbehinderten Studierenden, die wegen ihrer Behinderung zur kostenlosen Benutzung des öffentlichen Personennahverkehrs berechtigt sind, wird auf Antrag und gegen Nachweis der für das Semesterticket erhobene Beitragsanteil zurückerstattet. Der Rückerstattungsantrag ist an das Studierendenwerk zu richten, er muss spätestens bis zum Ende des Semesters, für das der Beitrag entrichtet wurde, beim Studierendenwerk Heidelberg eingegangen sein.

§ 6 Rückerstattung

Auf Antrag kann der entrichtete Studierendenwerksbeitrag unter folgenden Bedingungen und Fristen für das betreffende Semester bzw. Studienjahr rückerstattet werden:

1. Eine Rückerstattung des Beitrags erfolgt bei Exmatrikulation vor oder innerhalb von zwei Wochen nach Beginn des Semesters/Studienjahrs. Dies gilt auch, wenn der Beitrag ohne Immatrikulation bezahlt wurde und diese auch später nicht erfolgt. Der Antrag auf Rückerstattung ist spätestens bis zum Ende des ersten Monats des Semesters zu stellen, der Nachweis der Exmatrikulation bzw. unterbliebenen Immatrikulation sowie der Beitragszahlung ist beizufügen.

2. Eine Rückerstattung darüber hinaus erfolgt, wenn die/der Studierende bis zum Ende des ersten Monats des Semesters/Studienjahrs an einer anderen Hochschule zugelassen und immatrikuliert wurde. Der Antrag auf Rückerstattung ist in diesem Fall bis Ende des zweiten Monats des Semesters zu stellen. Die Frist kann jeweils um einen Monat verlängert werden, falls der Semesterbeginn der anderen Hochschule nachweislich später liegt als der der Hochschule der Erstimmatrikulation. Dem Antrag auf Rückerstattung sind Zulassungsbescheid und Immatrikulationsbescheinigung der neuen sowie Nachweis der Exmatrikulation an der alten Hochschule beizufügen.

Nach Ablauf der genannten Fristen ist keine Rückerstattung mehr möglich.

Der schriftliche Antrag auf Rückerstattung ist an das Studierendenwerk Heidelberg, Marstallhof 1, 69117 Heidelberg zu richten.

Die Beitragsordnung wird in den amtlichen Bekanntmachungen der Universität Heidelberg veröffentlicht, sie tritt ab dem Sommersemester 2024 in Kraft.

gez. Tanja Modrow
Geschäftsführerin

1640

Universität Heidelberg

Mitteilungsblatt Nr. 18 / 2023

08.12.2023

Der Volltext der jeweiligen Beschlüsse und Satzungen ist in der
Universitätsverwaltung, Seminarstraße 2, 69117 Heidelberg
– Dezernat Recht und Gremien – Raum 324 –
zu den üblichen Geschäftszeiten einsehbar.

Das Mitteilungsblatt der Rektorin finden Sie darüber hinaus
auch auf der folgenden Internetseite:

**[https://www.uni-heidelberg.de/universitaet/beschaefigte/
service/recht/mitteilungsblatt/index.html](https://www.uni-heidelberg.de/universitaet/beschaefigte/service/recht/mitteilungsblatt/index.html)**.

Die im Inhaltsverzeichnis benannten Ordnungen sind dort
vollständig abrufbar.

KONTAKT

Universitätsverwaltung
Gremien und Wahlen
Seminarstraße 2
69117 Heidelberg

Tel. +49 6221 54-12120
sandra.ott@zuv.uni-heidelberg.de